

GESETZESENTWURF

Skandalös ist der Gesetzesentwurf des Bundes, der das Glücksspiel einheitlich regeln soll. Er wird schon jetzt „Lex Novomatic“ genannt, weil er Vorgaben enthält, die nur der heimische Glücksspielriese erfüllen kann. So muss ein Betreiber von Automatenanlagen über ein Kapital von 50 Millionen Euro verfügen.

Der Spielerschutz wird noch schlechter. Der Höchsteinsatz pro Spiel soll von 50 Cent auf 10 Euro angehoben werden. Bei einer Spieldauer von 10 Sekunden lassen sich legal in einer Stunde 3600 Euro verspielen. Im Entwurf ist keine Rede vom Vollzug der Sperr- und Kontrollmöglichkeiten. Therapie- und Hilfsmaßnahmen für Spielsüchtige und deren Familien kommen gar nicht vor.



GESETZESNOVELLE DES BUNDES: LIZENZ ZUM ABKASSIEREN FÜR

Automatenflut bald in ga

Statt mehr Beschränkungen beim „kleinen Glücksspiel“ sieht eine Gesetzesnovelle des Bundes die Freigabe für alle Bundesländer, höhere Spieleinsätze und die Förderung von Automatenkonzernen vor.

ABZOCKE

Beim Kleinen Glücksspiel gewinnen unter dem Strich nicht die Spieler. Die Automaten sind vernetzt und die gesamte Ausschüttung (oft nur 30 bis 40%) vom Betreiber frei wählbar.

International ist es üblich, die Gewinnwahrscheinlichkeit auf den Automaten anzugeben. In Österreich passiert das nicht – um Spieler nicht zu entmutigen. Auch wird andernorts – etwa in den USA – stärker darauf geachtet, dass die Automaten nicht vom Betreiber manipuliert werden.

Erst kürzlich machte der Fall eines 26jährigen spielsüchtigen Oststeirers Schlagzeilen, der seinem Leben ein Ende setzen wollte und in ein entgegenkommendes Auto raste, dessen Lenker er mit in den Tod riss. Das Leid, das Spielsucht über immer mehr Familien bringt, ist unermesslich.

Bundesweite Zwangsbeglückung

Davon ungerührt agiert die Politik. Nachdem die steirischen Politiker von SPÖ und ÖVP jahrelang auf Verzögerungstaktik gesetzt haben, will jetzt der Bund die Agenden in Sachen Automatenspiel an sich reißen. Der Grund ist jedoch nicht die Sorge um die Menschen in Österreich, sondern vielmehr eine „**Kapitulation der Politik vor einem Glücksspielkonzern**“, wie es

KPÖ-Landtagsklubobmann Ernest Kaltenegger bezeichnet.

Nun soll das sogenannte „Kleine Glücksspiel“, das derzeit nur in vier Bundesländern erlaubt ist, bundesweit legalisiert werden. Länder und Gemeinden sollen keinerlei Mitsprachemöglichkeiten mehr haben, wenn es um die österreichweite Zwangsbeglückung mit Spielautomaten geht. Auch die Steuereinnahmen (25% des Jahresbruttospielgewinnes) sollen nicht die Länder, sondern der Bund kassieren.

Erlaubte Einsätze werden erhöht

Schon jetzt gibt es viel zu viele Spielautomaten in der Steiermark, die Zahl der Betroffenen – der Spieler und ihrer Familien – steigt. Dringend benötigt werden wirksame Maßnahmen

gegen das ruinöse Glücksspiel. Stattdessen geht Finanzminister Molterer den entgegengesetzten Weg: So sollen die erlaubten Einsätze von derzeit 50 Cent (denen ein Maximalgewinn von 20 Euro pro Spiel gegenübersteht) auf 10 Euro angehoben werden. Die Beträge, die man dadurch innerhalb kürzester Zeit legal verspielen kann, sind astronomisch.

3600 Euro pro Stunde

Bei einer Spieldauer von 10 Sekunden wäre theoretisch ein Verlust von 3.600 Euro innerhalb von nur einer Stunde möglich. Festgelegt wird außerdem, dass Automaten von Gesetzes wegen (!) einen Banknoteneinzug haben.

„*In Gesprächen mit den Spitzenbeamten der zuständigen Abteilung des Finanz-*